Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 10

Artikel: Ministerialismus oder Klassenkampf?
Autor: Grimm, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328443

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

10. HEFT JUNI 1923 II. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Ministerialismus oder Klassenkampf?

Von Robert Grimm.

Nach einem Beschluß des schweizerischen Parteivorstandes soll sich der nächste Parteitag mit der Frage der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Bundesregierung beschäftigen. Dieser Beschluß ist symptomatisch. Weniger für die in gewissen Parteikreisen aufgetretene Rechtsentwicklung, als für den Einfluß der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen politischen Reaktion auf unsere Partei. Ich möchte mich darum zunächst diesen Krisenfolgen und erst nachher dem Problem der Regierungsbeteiligung zuwenden.

Nie ertönt in den Reihen unserer Partei und der Arbeiterbewegung der Ruf nach sogenannter positiver Arbeit lauter und eindringlicher als zur Zeit der Wirtschaftskrise. Das ist ganz verständlich. Durch die ökonomische Krise wird die Arbeiterbewegung in die Defensive gedrängt. Angriffsaktionen werden seltener. Die Organisationen müssen ihr ganzes Augenmerk auf die Erhaltung der einmal erkämpften Positionen richten. Der Kampf für die Abwehr drohender Verschlechterungen beansprucht die volle Kraft der Bewegung und trotzdem gelingt es nicht immer, die früher eroberten Errungenschaften zu sichern.

Aber nicht nur die Organisationen sind bedroht. Auch der einzelne Arbeiter ist weniger widerstandsfähig. Der Arbeitsmarkt ist überfüllt. Auf den einen freien Posten kommen Hunderte Erwerbsloser. Und was man häufig übersieht, was der gegenwärtigen Krise einen ganz besondern Stempel aufdrückt, das sind die Folgen einer ungeheuer entwickelten Technik und der gesteigerten Konzentration des Kapitals.

Bei ihrem Hereinbruch im Jahre 1921 hat man die gegenwärtige Krise gern als eine typische „Absatzkrise" bezeichnet. Nichts irriger als diese Charakteristik. Das Wesen der heutigen Krise geht aus zwei andern Erscheinungen hervor: erstens aus der Veränderung des Verhältnisses zwischen dem konstanten und dem variablen Kapital und zweitens aus der enorm gesteigerten Entwicklung der kapitalistischen Unternehmerorganisationen in Verbindung mit der kapitalistischen Schutzzollpolitik.

Zur Herstellung der gleichen Produktionsmenge werden jetzt weniger Arbeitskräfte be-

nötigt als früher, weil die raffiniert entwickelte Technik, die immer weiter ausgebaute Maschinerie in viel größerem Ausmaße an die Stelle der menschlichen Arbeitskraft tritt. Dazu kommen die Wirkungen der stärkern Konzentration des Kapitals und der damit verbundenen Ausbildung der kapitalistischen Unternehmerorganisationen zu mächtigen Wirtschaftsgebilden. Zur Zeit der individuellen Konkurrenzkämpfe auf dem kapitalistischen Warenmarkt wurde die Steigerung des Profits in der Vergrößerung der Produktionsmengen und im raschern Umschlag des Kapitals gesucht. Im Zeitalter der entwickelten Unternehmerorganisationen tritt an die Stelle des individuellen Konkurrenzkampfes der Konkurrenzkampf zwischen kapitalistischen Gruppen. Die durch die Unternehmerorganisationen gesuchte Verständigung zwischen den einzelnen Konkurrenten, die Tarifierung der Preise, die Kontingentierung der Produktion und die Aufteilung der Absatzgebiete erlauben jetzt die Erzielung einer gleich hohen Profitrate bei gleichzeitiger Verringerung der Produktionsmengen.

Diese Tatsache läßt sich leider bei dem liederlichen Stand der schweizerischen Wirtschaftsstatistik nicht in allen Details kontrollieren. Einige Anhaltspunkte bietet aber immerhin das Statistische Jahrbuch der Schweiz mit seinen Angaben über die Entwicklung der Bierproduktion. Danach ergeben sich folgende Vergleichszahlen:

Jahr	Zahl der Betriebe	Ausstoß in hl	hl per Betrieb
1911	138	3,002,907	21,762
1921	89	1,361,772	15,301

Die Produktion ist um mehr als die Hälfte geringer, die Zahl der Betriebe um einen Drittel zurückgegangen, das investierte Kapital aber ist in der Hauptsache unverändert geblieben, weil die eingegangenen Betriebe durch die lebenskräftigen Unternehmungen der Branche aufgekauft wurden, und gleich geblieben ist die ausgerichtete Dividende, trotz der verminderten Produktion. So ergibt sich der Schluß, daß bei einer mehr als um die Hälfte geringern Produktionsmenge der erzielte Profit auf der frühern Höhe sich zu halten vermochte. Mit andern Worten: mit der Verringerung der Produktionsmenge steigt bei der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitals der Profit, auf die Produktionseinheit bezogen.

Dieser Vorgang besteht zweifellos auf einer ganzen Reihe anderer wichtiger Produktionsgebiete. Er ist kein zufälliger. Seine Begründung liegt im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise selbst und er bestätigt die von Marx schon vor einem halben Jahrhundert genial gewonnenen Erkenntnisse über die Elemente des kapitalistischen Produktionsprozesses.

Wird aber mit der Verringerung der Produktionsmengen, der die Schutzzollpolitik des Staates bewußt Vorschub leistet, der Profit erhöht, indem durch die Beschränkung des Angebotes die Warenpreise hochgehalten werden, so tritt gleichzeitig eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes für die Arbeiter ein. Der Profit wurde nicht geschmälert, aber man braucht jetzt zu seiner Erzeugung

nicht mehr so viel Arbeitskräfte wie früher. Darum dauert die Krise länger und nimmt einen chronischen Charakter an. Darum auch die Erscheinung, daß die einheimische Produktion auf die Dauer nicht imstande ist, die vorhandenen und von Jahr zu Jahr wachsenden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Darum die Aufrollung des Auswanderungsproblems, das jetzt eine wesentlich andere Bedeutung gewinnt als zur Zeit, da der „Motionen-Joos" im Nationalrat seine Tiraden losließ.

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn der einzelne Arbeiter dem Druck des Unternehmers eher nachgibt und sich in der Krisenzeit Dinge gefallen läßt, gegen die er sich früher in heller Entrüstung aufgelehnt hätte. Die Furcht des einzelnen, seine Existenz zu verlieren und im Lande selbst überhaupt keinen Futterplatz mehr zu finden, ist Ursache und Erklärung der unleugbaren Schwäche des einzelnen wie der Organisationen.

Aus dieser Schwäche resultiert auch die Verminderung der Zahl der ökonomischen Kämpfe des Proletariats in der Krisenzeit. Die Defensive stimmt vorsichtiger und heischt größere Ueberlegung. Aber es wäre falsch, aus diesem zahlenmäßigen Rückgang der Kämpfe auf eine Milderung der Klassengegensätze zu schließen. So paradox es erscheinen mag: der zahlenmäßige Rückgang der ökonomischen Kämpfe zur Krisenzeit ist keineswegs Ausdruck einer Milderung der Klassengegensätze; er ist vielmehr ein Zeichen ihrer Verschärfung. Nur die äußern Erscheinungsformen sind andere geworden. Die Widerstandskraft der Kapitalisten steigt, während die Widerstandskraft des Proletariats vorübergehend abnimmt. Ohne Kampf setzt nun das Unternehmertum Maßnahmen durch, die es früher, trotz hartnäckigem Kraftaufwand, nicht zur Anwendung bringen konnte. Aber aus dieser momentanen Verschiebung des Kräfteverhältnisses ergibt sich nicht eine Verringerung des Abstandes zwischen der besitzenden und der besitzlosen Klasse. Im Gegenteil. Der Abstand ist größer, die Gegensätze sind schärfer geworden, die Verhältnisse reifen der Entscheidung entgegen, auch wenn augenblicklich das Proletariat nicht in der Lage ist, im gleichen Maße wie sich die Klassengegensätze zuspitzen, seinen Kampf zu verschärfen.

Diese Tatsachen werden in der Not des Tages leicht übersehen und daraus erklärt sich hinwiederum der Ruf nach sogenannter positiver Arbeit. Da auf dem offenen Kampffeld, auf dem Agitation und theoretische Aufklärung eine wichtige Rolle spielen, nicht viel zu holen ist, drängt sich die Ueberlegung auf, ob nicht durch eine Aenderung der Taktik mehr zu erreichen wäre. Verzicht auf theoretische Auseinandersetzungen, Mäßigung in den Forderungen und im Auftreten, diese Losung erscheint nun oberflächlicher Betrachtung als Korrektiv. Während man sonst annehmen sollte, daß eine Verschärfung der Klassengegensätze zu einer Weiterspannung der Kampfziele führen müßte, ist es in der Krisenzeit gerade umgekehrt. Der verschärfte ökonomische und soziale Druck und die gleichzeitige Schwächung der Widerstandskraft des Proletariats lassen jenen Kleinmut aufkommen, der in einer neuen taktischen Ein-

stellung das Heil erblickt. Erfolge, die das Resultat eines bestimmten Kräfteverhältnisses der verschiedenen Gesellschaftsklassen waren, sollen jetzt, nachdem sich dieses Verhältnis infolge der Krise zuungunsten der Arbeiterklasse verschoben hat, durch gemäßigtes Verhalten und einen mehr auf das Praktische gerichteten Sinn erzielt werden. Man erblickt die Ursache des Mißlingens so mancher Kämpfe weniger in der durch die Krise hervorgerufenen Schwächung der proletarischen Kampforganisationen als vielmehr in den scheinbar zuweit reichenden Kampfzielen und der Schärfe, womit diese Ziele vertreten werden. Bescheidenheit im Auftreten, Anpassung an die neuen Verhältnisse auf Kosten des Klassenkampfes sollen jetzt ersetzen, was in der verminderten Kraft der Organisationen, in ihrer augenblicklichen Schwäche begründet liegt.

Nun ist es klar: die Forderungen in der Krisenzeit können nicht den Forderungen in der Periode der Hochkonjunktur gleichgestellt werden. Stets haben sich die proletarischen Forderungen auf allen Kampfgebieten dem jeweiligen Stand des Kräfteverhältnisses anzupassen. Das geht schon aus dem Wechsel von Offensive und Defensive hervor. Ein anderes aber ist es, ob man glaubt, die mangelnde Kraft der Arbeiterbewegung ließe sich durch eine Aenderung der Taktik ersetzen, Erfolge, die sich wegen der vorhandenen Schwäche der Arbeiterklasse objektiv nicht realisieren lassen, ließen sich durch eine Aenderung der Kampfmethoden und der Kampfziele erreichen, obgleich die Voraussetzung solcher Erfolge, die Wiederherstellung des frühern Kräfteverhältnisses fehlt.

Um diese Kernfrage und um nichts anderes aber handelt es sich heute bei dem durch die Krise wieder akut gewordenen und durch den Beschluß des schweizerischen Parteivorstandes auf die Tagesordnung gestellten Problem der Beteiligung der Sozialdemokratie an bürgerlichen Regierungen.

Ich sehe bei der Behandlung dieser Frage von den frühern Erfahrungen in den Kantonen St. Gallen, Genf und Zürich ab. Sie gehören der Vergangenheit an und wurden unter ganz andern Verhältnissen gesammelt, als wie sie heute bestehen. Ich will auch nicht eingehend untersuchen, woher besonders die Forderung der Beteiligung am Bundesrat kommt. Es genügt der Hinweis, daß sie vornehmlich erhoben wird in Kantonen, wo die Arbeiterbewegung notorisch schwach ist und unter den Folgen der Wirtschaftskrise stark gelitten hat.

Auch die grundsätzliche Seite heischt vorläufig keine breiten Erörterungen. Die Frage der Beteiligung an der bürgerlichen Regierung ist an und für sich keine Grundsatzfrage, sie ist ein taktisches Problem, ein Problem der Zweckmäßigkeit. Grundsätzlich wird die Frage nur insofern, als die Taktik einer Partei letzten Endes Ausfluß bestimmter Grundsätze sein muß, nach denen sie sich zu richten hat. Fehlt diese durch unser Parteiprogramm gegebene grundsätzliche Einstellung, dann allerdings erhebt sich auch das Problem der Regierungsbeteiligung zu einer Grundsatzfrage, aber die Erörterung beschränkt sich in diesem Falle nicht mehr auf das enge Gebiet der Frage der Beteiligung

an bürgerlichen Regierungen, sie erweitert sich dann notgedrungen zu einer Auseinandersetzung über die Grundlagen und Prinzipien der Partei und der Arbeiterbewegung überhaupt. Von einer solchen Diskussion kann im Augenblick wohl abgesehen werden und es genügt einstweilen die Behandlung der Zweckmäßigkeitsfrage.

Wodurch werden Zweckmäßigkeitsfragen entschieden? In erster Linie durch den praktischen Erfolg oder auf den konkreten Fall angewendet: durch das, was der sozialdemokratische Regierungsvertreter tun und nicht tun, erreichen und nicht erreichen kann. Das hängt jedoch viel weniger von den persönlichen Verhältnissen, als von den objektiven Verhältnissen ab, unter denen der sozialdemokratische Regierungsmann seine Tätigkeit ausübt. Es mag einer noch so gescheit und gewandt, noch so intelligent und diplomatisch sein, er wird trotzdem nur das aus seiner Regierungstätigkeit herausholen, was dem Kräfteverhältnis der hinter ihm stehenden Massen entspricht.

Nun handelt es sich bei dem Problem um die Frage der Minderheitsvertretung. Damit ist schon gesagt, daß die Wahl des sozialdemokratischen Regierungsvertreters nicht nur vom Willen und von der Kraft seiner Partei abhängt, solange der Regierungsproporz nicht besteht. Die Wahl eines sozialdemokratischen Regierungsrates hat die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der bürgerlichen Wähler zu seiner Kandidatur zur Voraussetzung. Die bürgerlichen Parteien stehen heute noch überall in der Mehrheit. Sie haben es in der Hand, einem sozialdemokratischen Kandidaten zur Wahl zu verhelfen oder dessen Wahl zu verhindern. Diese Tatsache schafft von vorneherein ein Abhängigkeitsverhältnis, gegen das sich der sozialdemokratische Vertreter nicht ungestraft auflehnen kann. Der sozialdemokratische Regierungsvertreter wird dadurch zum Gefangenen einer von ihm unabhängigen Situation und findet in ihr Schranken, die er in seiner Tätigkeit nicht durchbrechen kann. Das ist so selbstverständlich, daß alle schönen Hoffnungen, die man in die Tätigkeit eines sozialdemokratischen Regierungsrates setzt, zuschanden werden, wenn diese Hoffnungen, statt von der realen Kraft der Partei und der Arbeiterbewegung auszugehen, in der Person des betreffenden Vertreters ruhen.

Just diese Hoffnungen und Erwartungen aber sind es, die heute für die Beteiligung an den bürgerlichen Regierungen ins Feld geführt werden. Das Verlangen der Beteiligung ist nicht der Ausdruck einer gesteigerten Kraftentfaltung der Partei, im Gegenteil: es ist entstanden aus jener infolge der Wirtschaftskrise eingetretenen Schwächung der Arbeiterbewegung.

Diese Tatsache gilt es festzuhalten, denn sie ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Wertung des Problems. In dem Bestreben, unter allen Umständen praktische Erfolge erreichen zu wollen, auch wenn die objektiven Voraussetzungen dafür fehlen, übersieht man oft die wirklichen Zusammenhänge. Während der Hochkonjunktur ist die Sachlage einfach und klar. Die Massen sind mobil. Es geht von Angriff zu Angriff, von Position zu Position. Der Führer, der Ver-

trauensmann der Arbeiterschaft erreicht etwas. Aber das Erreichte hat er weniger seinen persönlichen Fähigkeiten, als der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu verdanken. Nur weil die Gegner wissen, daß im Falle der Ablehnung gestellter Forderungen Aktionen und Kämpfe folgen, die ihnen unbequem werden, machen sie Konzessionen.

Anders in der Zeit der Wirtschaftskrise. Die Masse ist nicht mobil. Sorgsam muß sie das Erreichte hüten und oft genug Provokationen mit verbissenen Lippen hinnehmen. Das kann auch ein sozialdemokratischer Regierungsvertreter nicht ändern, aber er muß versuchen, etwas zu tun, die in ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Da die Massen nicht in Bewegung gesetzt werden können, der Druck der Organisationen aufgehört hat, rechnet er in seiner Tätigkeit weniger mit der Wirkung auf das Proletariat als vielmehr mit der Wirkung auf die Gegner. Man muß sich ihnen anpassen, urbanere Formen annehmen, die Agitation milder, versöhnlicher gestalten. Haben die politischen Führer des Bürgertums etwas Musikgehör, müssen sie mit der Sozialdemokratie als politischem Faktor rechnen, so ergibt sich die weitere Linie von selbst. Das Bürgertum macht zwar der Arbeiterschaft deswegen noch keine Konzessionen, aber es versucht die sozialdemokratischen Führer an der herrschenden Politik zu interessieren. Ist es erst so weit, gelingt es, den Eindruck zu erwecken, als ob der proletarische Führer durch seine Gewandtheit mehr erreichen könne als im gegebenen Augenblick das Proletariat durch seine Machtstellung, so erscheint die Beteiligung an der Regierung in ihrer ganzen vermeintlichen Wichtigkeit. Man beurteilt dann die Erlangung einer Vertretung in der Regierung nicht mehr vom Gesichtspunkt des proletarischen Klassenkampfes, sondern umgekehrt den Klassenkampf vom Gesichtspunkt der Erlangung einer Vertretung in der Regierung.

Was ist damit erreicht? Weiter nichts als eine grobe Selbsttäuschung und eine Täuschung des Proletariats. Statt der Arbeiterschaft zu sagen, daß die positive Arbeit und ihr Erfolg von der Steigerung der proletarischen Macht abhängig ist, erweckt man den Glauben, als ob der praktische Erfolg, die positive Arbeit erreicht würde durch den einzelnen Vertreter, durch seine Schlauheit und Geschicklichkeit. Anstatt die Arbeiter selber zum Kampf aufzurufen, schiebt man den Kampf dem Vertreter zu. Aber dieser Vertreter erlebt es bald genug, daß auch er den Kampf nicht führen, keine positive Arbeit leisten kann, wenn hinter ihm nicht die proletarischen Schichten, deren Interessen er vertreten soll, kämpfen. Diese Erfahrung wirkt dann um so schlimmer auf die Masse und untergräbt ihr Vertrauen zu Organisationen und Personen, wenn diese gleiche Masse infolge der Wirtschaftskrise nicht in der Lage ist, ihre Kräfte zu entfalten. Die Einsichtigen lernen dann die Voraussetzungen positiver Arbeit kennen, die andern wenden sich enttäuscht ab und sind bis auf weiteres für die Bewegung verloren.

So beantwortet sich die Frage nach der Beteiligung der Sozialdemokratie an bürgerlichen Regierungen letzten Endes nach der Frage, ob dadurch eine Stärkung der Partei und der Arbeiterbewegung, eine Steigerung ihrer Machtstellung, eine Verschärfung und Erweiterung des Klassenkampfes erreicht werden kann oder nicht. In der gegenwärtigen Periode und ganz besonders, wenn die Partei die Regierungsbeteiligung unter der Motivierung beschließen sollte, wie sie von ihren Anhängern heute gegeben wird, erscheint mir als praktisches Resultat eher eine Schwächung statt einer Stärkung der Partei, eher eine Verwischung statt einer Verschärfung und Erweiterung des Klassenkampfes. Und darum lehne ich unter diesen Voraussetzungen die Beteiligung als taktisch unrichtig und als für die Partei verhängnisvoll ab.

Freilich, es gibt eine Meinung in der Partei, die sich auf einen scheinbar revolutionären Boden stellt und erklärt, es komme eben ganz und gar darauf an, in welchem Sinne man in die Regierung hineingehe: ob im Sinne des Reformismus oder im Sinne revolutionärer Betätigung. Darüber braucht man sich nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit wohl nicht mehr zu streiten. Im Kanton Thurgau wurde selbst ein Konservativer aus der Regierung hinausgeworfen, weil er der freisinnigen Mehrheit nicht aus der Hand fraß. In Basel versuchte Genosse Schneider das System der Kollegialität zu durchbrechen, in einem Verwaltungskörper revolutionäre Arbeit zu leisten, in allen Fragen eine selbständige Minderheitspolitik durchzuführen und schon bei der ersten Neuwahl flog er in weitem Bogen aus der Regierung heraus. Nicht der Minderheitsvertreter bestimmt den Sinn der Beteiligung, ebensowenig seine Partei. Diesen Sinn bestimmt die bürgerliche Mehrheit, und wenn sie an der Tätigkeit des Minderheitsvertreters keinen Gefallen findet, so zwingt sie ihn, den Bratenrock wieder auszuziehen.

Damit ist nicht gesagt, daß sich unsere Partei als Minderheitsvertretung überhaupt nie und unter keinen Umständen an der bürgerlichen Regierung zu beteiligen habe. Es können Verhältnisse eintreten, wo die Beteiligung zu einer unvermeidlichen Notwendigkeit wird, und zwar selbst dann, wenn das Sicherheitsventil des Regierungsproporzes noch gar nicht vorhanden ist. Das trifft dort zu, wo sich die Kräfteverhältnisse so zugespitzt haben, daß die herrschende Partei auf die Dauer die Staatsmaschinerie nicht aufrechtzuerhalten vermag, ohne daß sie mit der Arbeiterschaft Kompromisse eingeht, und wo anderseits auch die Arbeiterklasse noch nicht so erstarkt ist, um gegen den Willen der bürgerlichen Klassen die Regierungsgewalt auszuüben. In diesem Falle kann die Regierungsbeteiligung eine Selbstverständlichkeit werden. Aber diese Selbstverständlichkeit ist dann nicht Ausdruck einer durch die Wirtschaftskrise oder andere Umstände hervorgerufenen Schwäche der Arbeiterbewegung, sie ist im Gegenteil ein Zeichen ihres kraftvollen Aufstieges. Diese Kraft versetzt die Partei in eine ganz andere Lage. Sie wird sich dann nicht

nur begnügen mit dem proportionalen Anspruch auf ihre Vertretung, sondern darüber hinaus ganz bestimmte materielle Zugeständnisse zu erlangen suchen und dadurch weitaus wertvollere positive Arbeit leisten, als wenn sie aus Schwäche und Verzweiflung sich bei den Bürgerlichen anbiedert, um ein oder zwei Mandate in der Exekutive zu erhalten.

Ich kann mir eine solche Entwicklung in jenen Kantonen mit verhältnismäßig starker Arbeiterbevölkerung vorstellen, wo in allen wichtigen Fragen und vorab in Finanzfragen das obligatorische Referendum besteht, dessen Bedeutung ich vielleicht doch etwas höher einschätze als wie der Genosse Friedrich Heeb in der letzten Nummer dieser Zeitschrift. Die Kraft der Verneinung kommt nicht nur dem Gegner zugute, sie kann auch unserer Partei von wesentlichem Nutzen sein. Wo das Heer der konsequenten, unbelehrbaren Neinsager und unser Parteivolk zusammen alle wichtigen Vorlagen und insbesondere Vorlagen finanzieller Natur in den Volksabstimmungen zu Fall bringen können, vermag eine herrschende Partei auf die Dauer ohne die Mithilfe der Sozialdemokratie nicht zu regieren. In diesem Falle wird die herrschende Partei nicht mehr die Personen, die Führer unserer Partei suchen, sie wird die Partei selbst zu gewinnen trachten und ihr den Eintritt in die Exekutive durch die Gewährung bestimmter Konzessionen ermöglichen. Hier gibt dann aber nicht die Sozialdemokratie etwas preis, es ist umgekehrt die herrschende Partei, die sich zu Zugeständnissen an die Sozialdemokratie bequemen muß. In diesem Falle ist die Beteiligung der Sozialdemokratie an der bürgerlichen Regierung gerechtfertigt als Ausfluß der gesteigerten Machtentfaltung des Proletariats und die Beteiligung liegt dann im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung.

Ob solche Verhältnisse bestehen, ist von Fall zu Fall zu untersuchen. Daß sie im Bunde nicht bestehen, liegt auf der Hand. Ich lege dabei kein Gewicht auf die Tatsache, daß der Bundesrat von der vereinigten Bundesversammlung (Nationalrat und Ständerat) gewählt wird, während die Bestellung der meisten Kantonsregierungen durch die Volkswahl erfolgt. Wichtiger ist, daß die eidgenössische Politik heute noch von den bürgerlichen Parteien geführt werden kann, ohne unsere Mitwirkung. Das ist auch ganz natürlich. Wie anderwärts, geht auch hier die Entwicklung von unten auf. Sind wir in den meisten Kantonen noch zu schwach, um einen entscheidenden Einfluß auszuüben, so sind wir es noch viel mehr im Bunde, als der Zusammenfassung der Kantone zu einer höheren Einheit. Gebietet uns das Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung aus den oben entwickelten Gründen, auf die Beteiligung an den kantonalen Regierungen zu verzichten, müssen erst die Voraussetzungen hiefür durch die gesteigerte Machtentfaltung geschaffen werden, so gilt das noch viel mehr für den Bund. Und darum ist auch die Beteiligung unserer Partei an der Bundesregierung abzulehnen.